

Netzwerk Grundeinkommen

Frage 1

Hat Ihre Partei oder haben Abgeordnete Ihrer Partei im Europäischen Parlament in den vergangenen fünf Jahren konkrete Maßnahmen ergriffen, um die Implementierung eines Grundeinkommens gemäß den genannten Kriterien in der Europäischen Union und in Deutschland zu fördern? Falls ja, könnten Sie bitte diese Maßnahmen näher erläutern und entsprechende Nachweise in Form von Links bereitstellen?

Antwort: Neben der Verankerung des Europäischen Grundeinkommens (EBI) im Wahlprogramm zur Europawahl 2024 setzen wir uns in jüngerer Vergangenheit immer wieder europaweit für ein europäisches Grundeinkommen ein. 2019 war es Bestandteil unserer Amsterdam-Deklaration (Wahlprogramm zur Europawahl 2019), 2021 wurde es in Form einer negativen Einkommenssteuer Teil unseres Wahlprogramms zur Bundestagswahl. 2022 sprach sich Volt in Portugal für die Prüfung eines Grundeinkommens aus, 2023 wurde es in das Programm von Volt in den Niederlanden aufgenommen.

Frage 2

Ist die Forderung nach einem Grundeinkommen gemäß den genannten Kriterien in das Wahlprogramm Ihrer Partei für die Europawahl aufgenommen worden? Wenn ja, könnten Sie den konkreten Text sowie einen Link zur Quelle angeben?

Antwort: Unser Wahlprogramm für die Europawahl beinhaltet konkrete Vorschläge für die Einführung eines EU-weiten Grundeinkommens. Ein Europäisches Grundeinkommen (EBI) würde durch eine negative Einkommensteuer realisiert werden, Personen unter einer bestimmten Einkommensschwelle erhalten dabei Zahlungen, anstatt Steuern zu zahlen. Finanziert durch das EU-Finanzministerium, böte es allen EU-Bürgern ein monatliches Einkommen von mindestens 500 €, angepasst an die Kaufkraft der Region. Dies würde grundlegende Lebenshaltungskosten decken. Zudem wollen wir Anreize zur Reduzierung von Steuerausnahmen und einer Vereinfachung des Steuersystems schaffen, um Bürger*innen ein würdevolles Leben zu ermöglichen. Des Weiteren wollen wir regionale Mindestlohnstandards durchsetzen, um Missbrauch zu verhindern.

Frage 3

Ist Ihre Partei offen für einen Dialog mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und Wissenschaftler*innen bezüglich der Möglichkeiten zur Einführung eines Grundeinkommens in Deutschland und der Europäischen Union?

Antwort: Ja.